

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonntag und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei monatlicher Zahlung im Voraus für Deutschland 3.50 M., im Ausland 4.50 M. für Postzuschlag. Für Deutschland und Österreich 12.50 M., für das übrige Ausland 16.— M. jährliche Vorauszahlung, per Brief für Deutschland und Österreich 20.50 M. Abhaltung und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 III. Fernsprecher: Amt Norden 533-36 und 9763.

Interate sollen die Adressen, Konparativstellen oder beim Raum 120 III. zugeht, 20% Ermäßigungsbeitrag, Familien- und Organisationsbeiträge die achtzig. Konparativstellen 240 III. netto. Keine Anzeigen: Das beigedruckte Wort 1.18 M., jedes weitere Wort 85 Pfg., zuzahl. 30%, Ermäßigungsbeitrag. Stellengleichheit, Familien- u. Organisationsbeiträge-Beiträge kosten das beigedruckte Wort 1.18 M., jedes weitere Wort 85 Pfg. netto. Anzeigen-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 Fernsprecher: Amt Norden 533-36, 2595-86, 9769

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Justizmorde in Ungarn.

### Alle Unschuldigen sind zu verurteilen!

Aus Wien wird uns geschrieben: Die britischen Arbeitervertreter wiederholen ununterbrochen und immer mit neuem Material geklärt die Frage nach dem weißen Terror in Ungarn und nach der Verantwortlichkeit der britischen Regierung. Die Antwort, die ihnen von Regierungsbänken entgegenschlägt, ist immer dieselbe: In Ungarn werden nur die Urteile der Gerichte vollzogen und die ungarische Verfassung verbietet es der Regierung auf die Rechtsprechung einzuwirken. So erklärte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Greenwood, auf die Frage des Arbeitervertreter Swan am 13. Februar, daß „die ungarische Regierung nichts anderes tue, als die Urteile der Gerichte vollstrecken zu lassen“ und auf die Anfrage des Abgeordneten Kenworthy erklärte derselbe Unterstaatssekretär am 10. März, daß der britische Militärbevollmächtigte beauftragt wurde, über die Widerlegung der Urteile mit der ungarischen Regierung einen freundlichen Gedankenaustausch zu pflegen, aber es wurde ihm mitgeteilt, daß „die ungarische Regierung keine Macht dazu habe, auf die Urteile der Gerichte einzuwirken, es wäre denn, daß sie die Verfassung verletzen würde, die eine jede Einwirkung auf die Rechtsprechung ausschließt“.

Nun veröffentlicht die in Wien erscheinende Wochenchrift der ungarischen sozialdemokratischen Emigration den folgenden Erlaß des Oberstaatsanwaltes:

Barh, der die ganze Strafverfolgung der Revolution leitet und organisiert hat:  
Streng vertraulich

Oberstaatsanwaltschaft.  
Präsidentenabteilung 247/1920.

Es besteht also, wie hiermit dokumentarisch nachgewiesen wird, eine vertrauliche Verordnung der ungarischen Regierung, die die Staatsanwälte dazu zwingt, auf die Verurteilung von Unschuldigen zu bestehen. Die ungarische Regierung hat also genügend Macht dazu, die Aburteilung der Unschuldigen zu erzwingen, so daß der ganze legale Terror in Ungarn, der tagtäglich ungezählte Existenzen frucht, wegen einer Rede oder einer unzufriedenen Äußerung Kerkerstrafen bis zu 8 bis 10 Jahren verhängt, der alle irgendwie tätigen Genossen hinter Schloß und Riegel gesperrt hat, nicht einmal vom Standpunkte der bürgerlichen Rechtsprechung irgendwie zu rechtfertigen ist und daß die ganze ungarische Gerichtsmaschine ein ungeheuerliches Werkzeug des Justizmordes ist und als solches dem Haß und der Verachtung aller anständigen Leute in der Welt preisgegeben zu werden verdient.

Budapest, am 8. Februar 1920. Barh m. p., Oberstaatsanwalt.

## Die internationale Verschwörung gegen Sowjet-Rußland.

Nach Monaten eifrigen Verhandels zwischen den Entente-Staaten und Sowjetrußland, die die Aussicht eröffneten, daß es zur Wiederaufnahme des Wirtschaftsverkehrs zwischen Rußland und dem Westen kommen würde, hat die Situation sich mit einem Schlag in bedrohlicher Weise geändert. Der vor einigen Tagen gemeldete Vorstoß der polnischen Armee gegen die Ukraine und die bereits erfolgte Besetzung Kiew durch die Polen bedeutet eine neue Kriegsangelegenheit des westeuropäischen Imperialismus gegen Sowjetrußland. Seit Monaten schwebten die Verhandlungen zwischen Warschau und Moskau, die immer wieder von polnischer Seite in die Länge gezogen worden sind. Seit Monaten suchten die polnischen Regierungsstellen ihre Pläne mit einem geheimnisvollen Dunkel zu umgeben. Jetzt ist dieses Dunkel plötzlich gelichtet worden. Arm in Arm mit Petljura, dem obersten Befehlshaber der ukrainischen Scheinregierung Mascha, hat die polnische Regierung einen neuen Krieg gegen Sowjetrußland eröffnet. Die polnische Armee, der sich eine kleine Zahl der Banden Petljuras zugesellte, hat in breiter Front die Offensive in der Richtung Kiew ergriffen, die bolschewistischen Armeen zurückgeworfen, und eine Reihe wichtiger Städte und Eisenbahnknotenpunkte besetzt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Offensive von langer Hand vorbereitet und sorgfältig organisiert worden ist. Während man seit Monaten die Welt durch Schwindelnachrichten über eine bevorstehende bolschewistische Offensive alarmierte, bereitete man militärisch und politisch die Offensive gegen Sowjetrußland vor. Seit Monaten gingen Munitionstransporte über Wien und Prag nach Polen, und noch vor einer Woche konnte der russische Volkskommissar Tschichserin den tschechoslowakischen Minister des Neuens durch Funkpruch in Kenntnis setzen, daß auf tschechoslowakischem Gebiet drei ukrainische Regimenter aufgestellt würden, die zur Verstärkung der polnischen Armee gegen die Sowjetregierung bestimmt seien. Politisch wurde diese Offensive gegen Sowjetrußland dadurch vorbereitet, daß die polnische Regierung einen Vertrag mit Petljura schloß, wonach Polen die Unabhängigkeit der Ukraine feierlich anerkennt und das Versprechen abgibt, seine Truppen nur so lange in der Ukraine zu halten, bis die ukrainische Regierung selbst die Gewalt übernehmen würde.

Der Vertrag zwischen der polnischen Regierung und Petljura ist natürlich nur eine Fiktion, denn weder Petljura noch das „Direktorium“, das er vertritt, sind befugt, im Namen der Ukraine zu sprechen. Die übergroße Mehrheit des ukrainischen Volkes hat sich gegen diese Scheinregierung erhoben, und auf die Seite der ukrainischen Sowjetregierung gestellt, die in engem Bündnis mit der russischen Sowjetregierung steht. Sowohl die polnische Regierung wie das sogenannte ukrainische Direktorium begehen einen abscheulichen Betrug, wenn sie sich der Öffentlichkeit weismachen suchen, daß ihre militärische Aktion im Interesse und im Interesse des ukrainischen Volkes vor sich geht.

Die ganze Aktion Petljuras und Petljuras in der Ukraine erinnert in frappanter Weise an ähnliche Aktionen des deutschen Generalstabes in den östlichen Randstaaten, die bekanntlich auch immer auf die „Befreiung“ der unterdrückten Nationen hinausliefen. So wurden vor und nach West-Litowol die Polen, die Litauer, die Letten, die Finnländer, die Ukrainer, die Kaukasier usw. von Juden, dorf und seinen Gorden „befreit“. Und ebenso wie jetzt fanden sich auch damals Vertreter kleiner, macht hungeriger Gruppen und militärische Abenteurer, die sich mit dem Landesfeind verbündeten, um die Macht an sich reißen zu können.

Würde das neue militärische Unternehmen im Osten sich lediglich auf den polnisch-ukrainischen Vorstoß beschränken, so brauchte man ihm keine besondere Bedeutung zumessen. Nach anfänglichen Erfolgen müßte dieser Vorstoß an seiner inneren Hohlheit und an dem Widerstande der großen Mehrheit des ukrainischen Volkes zusammenbrechen. Erstbaste Bedeutung aber erlangt dieser Vorstoß nur dadurch, daß er als erstes Glied einer neuen internationalen Verschwörung gegen Sowjetrußland in die Erscheinung tritt.

Es bedarf wohl keiner näheren Begründung, daß Polen sich in das neue militärische Abenteuer nicht gestürzt hätte, wenn es nicht den strikten Auftrag der leitenden Entente-Kreise dazu gehabt hätte. Die polnische Regierung weiß sehr wohl, daß sie, auf eigene Faust angewiesen, einen Krieg gegen Sowjetrußland nicht aufnehmen kann. Sie weiß auch, daß die polnischen Volksmassen stürmisch den Frieden

## Kein Generalstreik im Ruhrgebiet.

### Einmarsch von Sicherheitspolizei.

Die Bezirksleitungen der U. S. P. und S. P. D. des Rheinlands veröffentlichten eine Erklärung an die Arbeiterschaft des westlichen Industriegebietes, in der sie nochmals feststellen, daß in dem Gebiet südlich der Ruhr volle Ruhe und Ordnung herrscht und für den Einmarsch der Reichswehr kein Grund besteht.

Als Gegner aller politischen Bestrebungen wird die Arbeiterschaft der Reaktion den Gefahren nicht zu, sich jetzt auf einen Kampf mit ihr einzulassen. Der Generalstreik hat sich zum ersten Male bei dem Proletariat als eine Waffe bewährt, vor der jede Reaktion kapitulieren muß. Aber diese Waffe muß auch einheitlich angewandt werden.

Wenn und wie sie angewendet wird, muß das Proletariat selbst bestimmen und sich nicht von dem Gegner vorschreiben lassen. Jetzt ist der Zeitpunkt nicht gekommen, den Generalstreik anzuwenden. Wir fordern deshalb die gesamte Arbeiterschaft auf, in vollster Ruhe dem Einmarsch der Reichswehr entgegenzusehen und sich durch keine noch so provokatorische Handlung hinarbeiten zu lassen. Gegenmaßnahmen zu ergreifen.“

Dem Reichswehrministerium ist am 3. Mai folgender Befehl an das Reichswehrgruppenkommando II und an das Wehrkreiskommando VI durchgegangen:

1. Die Reichsregierung hat bestimmt, daß Herstellung verfassungsmäßiger Zustände im Gebiet südlich der Ruhr und speziell bei den von Truppen besetzten Düsseldorf-Gebieten durch Sicherheitspolizei unter Leitung und Verantwortung stützter Stellen zu erfolgen hat.
2. Die Besetzung der in der 60-Kilometer-Zone stehenden Reichswehrruppen auf 20 Bataillone, 10 Eskadronen, 2 Batterien ist beschleunigt weiter durchzuführen.

## Die Hilfsaktion für Mitteleuropa.

Song, 4. Mai.

Die Internationale Hilfskonferenz für die bedrückten Länder Mitteleuropas ist zu einer Einigung über Vorschläge für eine Hilfsaktion gekommen. Diese wird in der Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen bestehen. Zur Bezahlung wird jedem Lande Kredit eröffnet. Alle Risiken werden einem internationalen Bankverein übertragen, auf dem sich alle großen

ner Modus Anwendung findet. Die internationale Kommission wird sich darüber vergewissern, daß die Kredite möglichst der Bedürftigkeit der Länder entsprechend verteilt werden.

## Die Zahlung der deutschen Kriegsschuldigungen.

H. N. Paris, 4. April.

Der „Mail“ hat im Zusammenhang mit dem Artikel Poincarés Erfindungen eingeschoben und versichert, daß die französische Regierung sich keinesfalls auf einen unveränderlichen Betrag der deutschen Schuld festlegen wird. Das Wort versichert weiter, daß die französische Regierung fordere, daß der Betrag, je nachdem die deutsche finanzielle Lage sich bessere, erhöht werden könne.

Dazu „Echo de Paris“ haben die Premierminister in San Remo sich darüber geeinigt, daß Deutschland 8 Milliarden in Gold während dreier Jahre als Minimum zahlen soll. Dazu komme ein Betrag, der im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau des Reiches festgesetzt werden wird.

## Einäschung des Genossen Wurm am Montag.

Die Einäschung des Genossen Wurm im Krematorium in der Gerichtstraße wird am Montag um 3 Uhr nachmittags stattfinden. Dieser späte Termin ist auf Wunsch der Thüringer Genossen gewählt worden, die das Bedürfnis haben, ihrem langjährigen Führer ein würdiges Abschiedsgeläch zu geben.

Auf Wunsch des Genossen Wurm werden die Parteigenossen dringend gebeten, von Kranzspendern abzusehen und die dafür gesammelten Gelder dem Unterstützungsfonds für die Hinterbliebenen der Kämpfer im Ruhrgebiet zuzuführen.

Richtwanger Müller hat an die schwer gekrankten Genossen Mathilde Wurm folgendes Telegramm gerichtet:  
Anlässlich des Todes Ihres in 20-jähriger Bekanntheit wegen seiner unermüdeten Arbeitskraft, seines umfassenden Wissens und seines uneigennütigen Willens für die Sache der Entscherten, von mir hochgeschätzten Vaters, spreche ich Ihnen mein herzlichstes Beileid aus.

mit England verlangen. Sie weiß, daß die ökonomische Lage des Landes zur Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Osten drängt. Wenn die polnische Regierung trotzdem die begonnenen Unterhandlungen plötzlich abgebrochen und den militärischen Vorstoß gegen Sowjetrußland unternommen hat, so tat sie das im Auftrage jener militärischen Kreise der Entente, die nach wie vor Polen als den Keim des Ententeimperialismus gegen Sowjetrußland betrachten, und die polnische Politik in den Dienst der neuen Verdrängung des internationalen Kapitals gegen die russischen Arbeiter- und Bauernrepubliken stellen.

Soweit sich diese Pläne heute übersehen lassen, steht nicht Frankreich, sondern England als treibende Kraft hinter dem ganzen Unternehmen. Dies steht zwar in einem gewissen Widerspruch zu der verbündeten Haltung, die Lloyd George in den letzten Monaten eingenommen hat, und die auch in den Beschlüssen in San Remo zum Ausdruck gekommen ist, wo bekanntlich eine Einigung darüber erzielt wurde, daß die Handelsbeziehungen mit Rußland wieder aufgenommen und Frieden mit der Sowjetrepublik geschlossen werden solle. Es würde aber keine sonderliche Ueberraschung bedeuten, wenn diese verbündete Haltung Lloyd Georges sich schließlich als ein Scheinmandat herausstellte, aber aber, daß Lloyd George — wie schon so oft vorher — dem Drängen der Kriegstreiber nachgeben, und eine radikale Schwankung in seiner Politik vorgenommen hätte. Wie dem auch sei — die Tatsachen sprechen deutlich dafür, daß mindestens die englische Militärpartei das Rückgrat der neuen Offensive gegen Sowjetrußland bildet, und daß eines ihrer einflussreichsten Säulen, der Chef der englischen Militärmission, General Malcolm, in Berlin die Fäden dieser Verschwörung in Händen hat.

Einen Schlagenden Beweis dafür bieten unter anderem die geheimnisvollen Beratungen, die General Malcolm mit dem Reichswehrminister Finckler, General Mannerheim, in den letzten Tagen in Berlin pflegt. General Mannerheim ist berüchtigt als Schlächter der finnischen Arbeiterrevolution, als Massenmörder, der Tausende von Arbeitern hingerichtet und Rekrutierende in die Gefängnisse klettert ließ. General Mannerheim war seiner Zeit der Verbündete des Grafen Wolff, der an der Spitze deutscher Truppen das finnische Proletariat niedermetzelte. Jetzt ist er der Vertrauensmann General Malcolms, doch enge Bande knüpfen ihn auch heute an die Führer der deutschen Militärreaktion, die nur des Augenblicks harren, um Arm in Arm mit den polnischen, ungarischen, rumänischen, finnischen weißen Gardes, begleitet von den Sagen des englischen „Erbschänders“ gegen Sowjetrußland zu marschieren.

So ist die Lage, wie sie sich aus der augenblicklichen internationalen Konstellation ergibt. Sie kann sich mit jedem Tage komplizierter gestalten, denn die internationale Reaktion hat vorläufig nur ihre ersten Karten aufgedeckt. Es sind noch eine Reihe anderer Faktoren im Rechnung zu stellen: das Vorgehen Japans in Ostibirien, die Ereignisse im Kaukasus, wo neue Kämpfe um den Besitz Bakus entbrannt sind, ferner die Rolle, die Deutschland bei der ganzen Aktion spielt. Zweifellos werden die nächsten Wochen endgültige Klarheit schaffen. Doch schon heute gilt für die deutsche Arbeiterklasse, für die Arbeiterklasse der ganzen Welt, die neuen kriegerischen Entwicklungen im Osten mit größter Aufmerksamkeit, mit leidenschaftlichem Interesse zu verfolgen. Ueberall hat die Arbeiterklasse nur eine Parole, nur einen Kampfruf gegen die Reaktion in ihrem Lande. Diese Parole ist:

**Gänge weg von Sowjetrußland!**

## Die englische Arbeiterdelegation auf dem Weg nach Rußland.

Stockholm, 8. Mai.

Die Sozialdemokraten melden, traf gestern in Stockholm eine englische Arbeiterkommission ein, die die Zustände in Sowjetrußland untersuchen soll. Sie setzt sich aus Vertretern der Labour Party (Ben Turner, Tom Shaw, Frau Snowden, Robert Williams) und der Independent Labour Party (Woodhead und Clifford Allen) zusammen. Die Gewerkschaften werden durch Skinner und Pugh vertreten. Es wird beabsichtigt, die Studien auf soziale, wirtschaftliche und industrielle Verhältnisse in Rußland zu erstrecken. Vom Ergebnis der Forschungen soll die Entscheidung in der Frage abhängig gemacht werden, ob sich die englische Arbeiterklasse der dritten oder zweiten Internationale anschließt. Die Kommission hofft am Donnerstag nach Rußland abreisen zu können.

## Die regierenden Militärs.

General von Möhl als Diktator.

In Bayern ist seit dem 18. März General von Möhl der oberste Gewaltshaber. Er hat die alte Regierung verdrängt und das Ministerium von Raue berufen, das eine Art Heigenblatt für die verkappte Militärdiktatur bildet. General von Möhl ist eifrig an der Arbeit, die ihm unterstellten Truppen nach jeder Richtung hin zuverlässig zu machen. Er hat am 16. April einen Erlass herausgegeben, durch den er sogar die Verbreitung der Drucksachen und Flugblätter der Zentrale für Heimatdienst verbietet. Und er hat diesen Erlass, im Vollbewußtsein seines Machtbewußtseins, auch an das Reichswehrministerium weitergegeben mit folgendem für die Geistesverfassung der Generale äußerst charakteristischen Aufschreiben:

Reichswehr-Gruppenkommando 4.  
Opt.-Nr. 10084/2008. Ib

München, den 14. April 1920.

An das Reichswehrministerium.

Beilagen:

Gr.-Kommando 4. Nr. 10084/2008. Ib.

Die Reichszentrale für Heimatdienst bezieht sich neuerdings mit einer Propaganda in Bayern, die als Partei politisch anzusprechen ist. Da diese Behörde von Berlin aus auch die unterstellten Brigaden mit „Aufklärungsmaterial“ versieht, habe ich mit der beiliegenden Verfügung die Annahme von Drucksachen verboten. Das Verbot werde ich so lange aufrechterhalten, bis Garantien gegeben sind, daß diese nun schon über Jahre lang beobachtete rein parteipolitische Tätigkeit abgestellt wird.

Der Oberbefehlshaber: gen. v. Möhl, Generalmajor.  
F. v. Richter, opt. Major, Hauptmann im Generalkommando.

nach wir hatten gegen die Tätigkeit der Zentrale für Heimatdienst schon mancherlei einzubringen. Das tut aber in diesem Augenblick nichts zur Sache. Die von der Zentrale verbreiteten Druckschriften und Flugblätter sind für die monarchistischen Kreise bisher jedenfalls äußerst ungeschicklich gewesen; es wurde ausschließlich eine Deke gegen links entfaltet, wenn auch die republikanische Staatsform in verkehrten Gedankenengängen propagiert wurde. Aber selbst die zahme Propagierung des republikanischen Gedankens ist es, die das Mißfallen des Generals von Möhl erregt. Für ihn ist das eine „partei-politische Tätigkeit“; er verbietet sie, stellt der Reichsregierung ein Ultimatum, daß sie sich seinen Befehlen fügt, und hat im übrigen natürlich nichts dagegen, wenn im bayerischen Oere die monarchistische und antisemitische Propaganda mit verstärktem Eifer fortgesetzt wird. Denn das ist nicht „partei-politisch“.

Das anmaßende Schreiben beweist klarlagartig, wer in Deutschland zur Stunde die Regierungsgewalt ausübt.

## Wahlen unterm Ausnahmezustand?

Unerlaubte Wahlbeeinflussung.

In großen Teilen des Reiches herrscht noch immer der Ausnahmezustand. Vor allem ist es Bayern, wo die putschistische Regierung des Herrn von Raue in strapaziöser Weise den Ausnahmezustand handhabt und die unabhängige und kommunikativen Parteipresse verbietet. Die Reichsregierung ist machtlos und der Reichspräsident findet zwar den Mut zur Unterzeichnung von Todesurteilen, nicht aber dazu, den ohne jeden Grund in Bayern von der bayerischen Regierung aufrechterhaltenen Belagerungszustand trotz seiner Befugnisse als Reichspräsident aufzuheben. Auch noch in anderen Teilen des Reiches besteht der Ausnahmezustand und auf Grund des Ausnahmezustandes eine Beschränkung der öffentlichen Meinung, die nicht nur eine Entrechtung des Volkes, sondern auch eine unerlaubte Wahlbeeinflussung zugunsten der Regierung und der reaktionären Parteien darstellt. Die Verdrängung der Oppositionspresse in Bahngassen ist ein Grund zur Anfechtung der Wahlergebnisse derjenigen Gebiete, in denen auf Grund des Ausnahmezustandes die Presse geböhnt und somit die Freiheit bestimmter Parteien beschränkt worden ist. Die Reichsregierung hofft ansehend und wohlwollend mit Recht, daß der kommende Reichstag über diese Rechtsverletzungen mit Milde hinweggehen werde. Wir aber wollen uns die Gelegenheit zur Aufstellung der Massen nicht widerspruchslos rauben lassen. Unsere Genossen werden deshalb der Nationalversammlung Gelegenheit geben, in ihrem letzten Tagungsabschnitt Ende Mai sich noch mit der Frage des Ausnahmezustandes und seiner Aufhebung zu beschäftigen.

## Kapp-Offiziere unter Anklage.

Antlich wird mitgeteilt:

Das unter der Leitung des parlamentarischen Untersuchungssekretärs im Reichswehrministerium arbeitende Untersuchungsausschuss über die Vorgänge hat bisher 14 Fälle erledigt und dem Reichswehrminister vorgeschlagen:

Die Generale von Hüllen, von Bettow-Wordef, Stempel, die Obersten Freilich von Wangenheim, von Ledebour, den Oberleutnant von Riemig und Major Rathias unter Anklage zu stellen und vom Dienst zu entsetzen;

General von der Hardt, Oberleutnant von Wehler und die Majore von Eddow und Bod zu beurlauben und gleichfalls unter Anklage zu stellen;

die Fälle aus dem Gefangenlager Chemnitz, den des Major Wille und den des Oberleutnant von Fades wegen mangelnder Beweise abzulehnen.

Die Tätigkeit dieses Untersuchungsausschusses ist, wie der Untersuchungssekretär Strela betont, lediglich vorprüfender Art. Dem Gericht, dem die Akten zugewiesen werden, soll nicht vorgegriffen werden, wie auch die definitive Anerkennung der Urteile Sache des Reichswehrministers bzw. des Reichspräsidenten ist.

Es steht also noch sehr dahin, ob aus der Bestrafung der Kapp-Putschisten auch wirklich etwas wird.

## Veränderungen bei den Landräten.

In der Provinz Sachsen sind folgende Landräte beurlaubt worden: v. Ehrenleben, Kreis Gerdau, v. Bassow, Osterburg, v. Borke, Kreis Liebenwerda, v. Spanier, Kreis Sangerhausen, v. Pommerehne, Kreis Haldensleben, v. Ruchowen. Zu besetzen wird auch sein: Schlausingen, wo der bisherige Landrat in die allgemeine Staatsverwaltung zurücktritt, und Bitterfeld und Delitzsch, wo die Landräte Bodenhausen und Manteloff schon seit einiger Zeit auf Urlaub sind. In Liebenwerda ist Stadtrat Veltjusen, der Jurist ist, zum Landrat ernannt worden.

## Brigade Epp.

Wie sie im Ruhrgebiet hauste.

Als Hauptquartier der Reichswehr und Freiwilligen im Ruhrgebiet werden durch den folgenden Brief eines Zeitgenossen, eines Dresdner Studenten, Uertrosen, der an ein Dresdner Lazarett gerichtet wurde. Dieser Brief lautet:

Münsterhofen, zwischen Hamm und Dortmund, den 2. April 1920.

In das  
Referatlazarett I, Station A, Dresden.

Liebe Schwefeln und Kranke!

Sie nun endlich bei meiner Kompagnie. Gestern vormittag kam ich zur Kompagnie und nachmittags um 1 Uhr machten wir den ersten Sturm. Wenn ich Euch alles schreiben würde, da würde Ihr sagen, das sind Lügen. Farben gibt es überhaupt nicht. Selbst die Verwundeten erschrecken mich noch. Die Begeisterung ist großartig, fast unglücklich.

Unser Vorkampf hat zwei Tage. Die Toten 20 bis 300. Alles, was und in die Hände kommt, wird mit dem Gewehr selbst zu erst abgefeuert und dann noch mit einer Kugel. Ich dachte während des ganzen Gefechts an Station A. Das kommt nämlich daher, daß wir auch 10 Mark-Areny-Schnapsen sofort erschossen haben; von denen hatte jede ein Pistole bei sich. Wir freuen schossen wir auf diese Schandbilder und wie sie gewinkt und gebeten haben, wir sollten ihnen das Leben lassen. Nichts! — Wer mit einer Waffe getroffen wird, der ist unser Gegner und muß darnach glauben. Wegen die Franzosen waren wir im Tode viel eher! Wie geht es sonst im Lazarett?

Die Begeisterung gibt uns alles, daß wir ihr nichts tun. In der Wirtschaft werden oft 50 bis 80 Mann festgehalten. Meine Kapelle ist Oberjäger Max Hiller, Stubent, 1. Kompagnie, Bräunle, 2. Kompagnie, 3. Kompagnie, 4. Kompagnie.

## Eine polnische Kampforganisation in Oberschlesien

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung angeblicher geheimer Dokumente über polnische Pläne in Oberschlesien hat die deutsche Regierung an die Interalliierte Kommission in Copen eine Note gerichtet, in der die deutsche Regierung darum ersucht, daß die Interalliierte Kommission in Copen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die aufrührerischen polnischen Organisationen in Oberschlesien, auch wenn diese nicht von der polnischen offiziellen Regierung, sondern von privaten, patriotischen polnischen Verbänden geschaffen worden sind, aufhebt und sämtliche damit in Verbindung getretenen Leute des Landes verweist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß alle diese Verbände gegen die Bestimmungen des Artikels 88 Nr. 3, Absatz 3 des Friedensvertrages verstoßen haben und demzufolge der Ausweisung unterliegen müssen.

## Die Besetzung Nordschleswigs durch Dänemark.

In der von uns bereits wiedergegebenen Mitteilung der dänischen Regierung, daß sie am 8. Mai die erste schleswigsche Abstimmungszone gemäß dem Friedensvertrag militärisch besetzen werde, erklärte sie, daß die höheren Beamten in allen Verwaltungszweigen (Post, Telegraph, Telefon, Eisenbahn, Justiz usw.) mit alleiniger Ausnahme der Zollverwaltung durch dänische Beamte ersetzt werden sollen. Dänemark sei jedoch bereit, die ganze Zivilverwaltung zu übernehmen.

In ihrer Antwortnote vom 8. Mai lehnt die deutsche Regierung die Einbeziehung der Mater unter den Begriff Verwaltungsberechtigten ab, macht aber von dem dänischen Anrecht Gebrauch, sämtliche Verwaltungsbeamten mit dem Tage der Übernahme ihre Tätigkeit einstellen zu lassen.

Der grundsätzliche Standpunkt der deutschen Antwortnote ist der, daß in der Übernahme der Verwaltung der ersten Zone keine Übertragung der Hoheitsrechte an Dänemark zu erblicken ist. Zollverwaltung und Währung bleiben unverändert deutsch.

## Keine Beziehungen der Entente zu Rußland.

Amsterdam, 4. Mai.

Die Telegramm aus London meldet, sagte Lord Curzon, er glaube, daß tatsächlich ein italienisches Kriegsschiff nach Kowno geschickt sei, um eine bessere direkte Verbindung mit Rußland herzustellen, aber nicht zu dem Zweck, um diplomatische Beziehungen zu Sowjetrußland anzuknüpfen. Curzon erklärte es ferner für unrichtig, daß ein Vertreter der russischen Materregierung in San Remo gewesen sei.

## Vom 3. Russischen Gewerkschaftstongreß.

Am 8. April tagte in Wladiwostok der 3. Russische Gewerkschaftstongreß, der 4 Millionen organisierter Arbeiter hinter sich hat gegenüber 34 Millionen im Februar 1919, 24 Millionen im Jahre 1918 und 14 Millionen 1917. Vom Sonderberichterichter des „Russester Guardian“ über die Haltung der Gewerkschaften in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise befragt, antwortete das Vorstandmitglied Kosowitz:

Die beste Antwort wird die Schilderung der Rolle sein, die die Gewerkschaften im Kampf gegen Kapital, Feudalismus und Juden gespielt haben. Zunächst sind wir durch ein Mitglied im Landesoberberichterichter vertreten. In den von der Kampagne erzielten Gebieten mobilisierten wir ungefähr 10 Prozent unserer Mitglieder, näher an der Front bis zu 50 Prozent und im Kampfgebiet selbst 100 Prozent. Als Judenitz vor den Toren Petersburgs stand, gingen wir Gewerkschaftler, selbst die Mitglieder des Gewerkschaftstons, mit ungezügelter Gewalt an unsere Arbeit. Heute stehen wir vor einem ähnlichen Entscheidungskampf auf wirtschaftlichem Gebiet. Auch hier wird es unsere Aufgabe sein, der Arbeiterregierung in ihrem Kampfe zu helfen. Wir müssen den Arbeitern klarmachen, warum so besondere Anstrengungen nötig sind, und vor allem, warum Disziplin nötig ist. Das ist eine schwere Aufgabe, denn wirtschaftlicher Ruin ist nicht mit den Händen greifbar, wie Feudalismus, der einen erschrecken lassen oder selbst erschollen werden kann. Aber versteht uns erst der Arbeiter, so können wir seiner Hilfe vollständig sicher sein.

Ein anderes Vorstandmitglied, Wladimir, betonte, daß, nachdem die Gewerkschaften in der Oktoberrevolution ihre eigene Arbeiterregierung erreicht hatten, es jetzt ihre natürliche Aufgabe sei, sie zu verteidigen und zu unterstützen. Dank ihrem maßgebenden Einflusse im Volkswirtschaftswesen läge das Schicksal der Nation in den Händen der Arbeiter. In einer längeren Rede wies Lenin auf die weit größte Schwierigkeit der wirtschaftlichen Aufgaben im Vergleich zu den früheren militärischen hin und erklärte: „Wohl ist es richtig — was von unseren Gegnern als Utopie bezeichnet wurde —, die Macht unter gewissen Bedingungen durch den Entschluß der Arbeiter der ganzen Welt gegenüber zu behaupten, und das haben wir bewiesen. Aber neue Formen sozialer Disziplin zu schaffen, ist das Ziel von Jahrzehnten. Der Sozialismus selbst braucht 50 Jahre, um von seiner alten Organisation zu einer neuen zu kommen.“

Der Bruder des Herrn Presscher, auf Grund des 3. 11 des Verhaftetes wurde und Herr Karl W. ... der Artikel „Der Bruder des Herrn Presscher“, den wir in Nr. 135 der „Freiheit“ veröffentlichten, dahin zu berichten, daß es erwiesenermaßen ist, daß er Karoffeln verschoben habe. Hat sie ordnungsgemäß zum polnischen Hochpreis abgeliefert, und daß dadurch im Cize Wladimir eine erhebliche Kartoffelnot entstanden war, die die Gemeindevorstellung veranlaßte, seine Kartoffeln zu beschlagnahmen. Die Beschlagnahme ist nicht von der Gemeindevorstellung, sondern von dem Arbeiterrot vorgenommen, wobei auch Sozialisten, die für die diesjährige Penellana bestimmt waren, der Beschlagnahme verfielen. Am nächsten Tage mußte diese Maßnahme als ungeschicklich zurückgenommen werden. — Wir wollen dem heute nur hinzufügen, daß Herr Presscher seinerzeit die Beschlagnahmen, die er gegen die verhafteten Arbeiterrotmitglieder erhoben hatte, wieder zurücknehmen mußte.

Die Verleumdung der Eisenbahnen. Nachdem das Gesetz betreffend den Staatsvertrag über den Uebergang der Staatsbahnen auf das Reich in Kraft getreten ist, übernimmt der Reichsverkehrsminister mit dem 6. Mai d. J. die oberste Leitung der Reichseisenbahnen.

Streik in der französischen Kautschukindustrie. Nach Mitteilungen aus Clermont Ferrand streiken dort seit Montag 12.000 Arbeiter der Kautschukindustrie.

Unruhen in Madrid. Wegen der Festnahme einiger Arbeiter kam es am Dienstag in Madrid zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten, in deren Verlauf zwei Arbeiter getötet wurden.

Die Wirren in Mexiko. Nach den neuesten Washingtoner Nachrichten haben die kuffändischen die Städte Mexiko und Vera Cruz gänzlich von der Außenwelt abgeschnitten. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mehrere Kreuzer nach Vera Cruz und Tampico geschickt.

# Die Eröffnung des Wahlkampfes.

Mit fast wanzig glänzend besuchten Massenversammlungen eröffnet gestern die Unabhängige Sozialdemokratie Groß-Berlins den Wahlkampf, den sie in voller Selbstständigkeit gegen alle übrigen politischen Parteien zu führen gedenkt. In einer Polemik gegen den gestern morgen von uns veröffentlichten Aufruf des geschäftsführenden Ausschusses des Bezirksverbandes von Berlin-Brandenburg der U. S. D. meint der „Vorwärts“ daß

Der Ringkampf zwischen „S. P. D.“ und „U. S. D.“ geradezu als ein Privatergänzen gegenüber der Entscheidung erscheine, die bei den Wahlen zwischen den Kandidaten der sozialistischen und der kapitalistischen Weltanschauung fällt. Verschiebungen zwischen den beiden sozialistischen Parteien bedeuten ungefähr ebensowenig, wie wenn ein Mann sein Geld aus der linken in die rechte Hosentasche steckt, er wird dadurch weder reich noch ärmer. Auf die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und den sozialistischen andererseits kommt alles an.

Zweifellos ist es von großer Bedeutung, wenn es in diesem Wahlkampf gelingt, den Verfeindern des Kapitalismus entscheidende Niederlagen beizubringen. Aber es ist doch ein naiver Täuschungsversuch der sich bedrängt fühlenden Rechtssozialisten, den Massen einreden zu wollen, daß es ganz gleichgültig sei, wenn sie bei der Wahl ihre Stimme geben. Die Massen wissen, daß an den Mißerfolgen der Revolution und dem Wiedereintreten der Reaktion die Koalitionspolitik der Rechtssozialisten und die daraus resultierende Kassepolitik die entscheidende Schuld trägt. Und ebenso wissen sie, daß die rechtssozialistische Partei nur jetzt während des Wahlkampfes den Mantel eines lauten Radikalismus hervorgeholt hat, aber an dieser verwerflichen Koalitionspolitik festhalten gedenkt. Die Unabhängige Sozialdemokratie aber führt diesen Wahlkampf, um die Kraft der Massen zu stärken und ihren Willen zum Sozialismus zu wecken. Wenn sie deshalb diesen Wahlkampf selbständig und gegen die Halbheiten und Verrätereien der Rechtssozialisten führt, so geschieht das nicht, wie der „Vorwärts“ meint, weil wir nur die eigene Gruppe sehen wollen, nicht aber das Ganze der Arbeiterbewegung und den Sozialismus, sondern gerade weil wir das Zukunftinteresse des Proletariats gegenüber den kleinlichen Augenblicksmotiven zu retten verpflichtet sind.

In diesem Sinne hat die Unabhängige Sozialdemokratie gestern den Wahlkampf begonnen, in diesem Sinne wird sie ihn weiter führen. Der Verlauf der Versammlungen hat gezeigt, daß diese Politik auch die beste Aussicht hat, die Massen des Berliner Proletariats zu gewinnen.

## Der Verlauf der Versammlungen.

Im großen Saal der „Neuen Welt“, der von annähernd 5000 Berlinern besetzt war, sprach Genosse Ledebour. Er betonte, daß die U. S. D. eine revolutionäre Partei ist, die den Sozialismus wirklich verwirklichen will. Die Wege zu diesem Ziel sind mannigfaltig. Wir werden eventuell auch, gezwungen durch unsere Gegner, uns mit der Waffe in der Hand zur Wehr setzen, aber wir werden niemals freiwillig Gewalt anwenden. Jeder soll das Proletariat entscheiden, welcher Partei es sein Vertrauen schenken will. Zwar werden nicht auf der Parlamentstribüne die Beschlüsse der Parteimehrheit entschieden, aber wir wären toten, wenn wir nicht die Gelegenheit benutzen würden, von dort aus in die breiten Massen hineinzubringen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse drängen zum Sozialismus, und zu diesem führen wir durch unsere Politik zu gelangen. Was die Schuld am Krieg betrifft, so dürfte nicht davor zu werden, daß auch das deutsche Volk nicht ganz ohne Schuld ist. Wir haben stets auf die Gefahr eines Weltkrieges hingewiesen, sind aber nicht genügend beachtet worden. Wenn wir jetzt nicht bald zum Sozialismus kommen, dann wird unser Wirtschaftsleben noch mehr zerrütet werden. Um von unserer Schuldenlast, die uns die Entente auferlegt hat, loszukommen, können wir nicht den Karrenstreich eines Revanchekrieges propagieren, sondern wir müssen versuchen, uns mit allen Völkern zu versöhnen. Die große Wählerverlesung wird aber erst dann verlohren kommen, wenn in allen Ländern das Proletariat die politischen Geschicke bestimmt. Das können aber nur Sozialisten erreichen, die ihre Hände rein gehalten haben von jener imperialistischen Gewaltspolitik. Was die wünschenswerte Ermittlung der Arbeiterkassen angeht, so läßt die nicht am grünen Tisch gemacht werden, sondern sei nur im grundsätzlichen Kampf der gegensätzlichen Ansichten zu erreichen.

In der Diskussion stehen einige Kommunisten, die gegen die Wahlbeteiligung auftraten und die Aktion des Kommunisten Holz im Westland als vorbildliche Kampfmethode hinstellten, auf den Widerspruch der Versammlungsmehrheit. Auch ein Rechtssozialist erregte dadurch lebhaftes Interesse, daß er die Politik der rechtssozialistischen Führer in Schutz zu nehmen suchte. Dagegen erwiderte ein anderer Kommunist, der aufforderte, den Bruderkampf während des Wahlkampfes ruhen zu lassen und sich ausschließlich an den Wahlen zu beteiligen, starken Beifall.

In seinem Schlusswort ging Genosse Ledebour auf die Anwendungen der Diskussionsredner ein und betonte besonders, daß zwischen der U. S. D. und der S. P. D. einleuchtend gar kein prinzipieller Unterschied bestünde und daher einem Zusammenstoß dieser Parteien nichts im Wege liege. Dadurch sei man nicht revolutionärer, daß man das Wort „Diktatur des Proletariats“ häufig im Munde führe, sondern es komme darauf an, daß man diese im gegebenen Moment zur Tat werden lasse. Zum Schluß forderte Ledebour die Parteigenossen auf, durch eifriges Mitarbeiten in unserer Partei an der Erringung des Sozialismus mitanzuhelfen.

Die Versammlung in der Gubenstrasse, Biblikstrasse, war überfüllt, so daß die Versammlungsleitung die Tische aus dem Saal entfernen lassen mußte. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Versammlungsleiter, Genosse Dörsch, dem verstorbenen Genossen Emanuel Wurm einen warmen Nachruf. Genosse Eichhorn referierte. Die Regierung glaube durch die Linderung der gegenwärtigen Situation die bestehende Regierungskoalition zu halten. Durch die Unterlassungsfünden der Regierung und der Nationalversammlung sei erst die Bedrohung durch die militärisch-kapitalistische Konterrevolution so groß geworden. Die Sozialdemokraten in der Regierung und im Parlament haben nichts wie nichts getan, um auch nur einzelne Punkte des Erfurter Programms zu verwirklichen. Die von den Sozialisten immer bekämpfte A. L. i. n. a. t. e. r. i. ist unter ihrer Mitwirkung beibehalten worden. An Stelle Wilhelm II. hat man Ober I. gesetzt, der diesen verhältnismäßig zur begabten Völkten hauptsächlich damit auszuführen hat, den Welagerungsstand aufrechtzuerhalten und e. i. l. Todesurteile zu beschließen. Die Verfassung der Republik, das Wahlrecht, auf das die Rechtssozialisten besonders stolz sind, enthält nur wenige Bestimmungen, mit welchen sich ein Sozialist einverstanden erklären kann. B. B. sei die alte Klassenpolitik beibehalten worden, der Kirche sind ebenfalls alle Rechte erhalten geblieben. Das Betriebsrätegesetz ist zu einem Arbeiter-Inchelnos- und Internationalschubseren ausgearbeitet worden.

Der unter Koole entstehende neue Militarismus hat im letzten Staat die enorme Summe von 1 Milliarde 800 Millionen Mark verschlungen. Dazu kommen die enormen Zuschüsse für die Sicherheit-, Einwohnungs- und sonstigen Beden. Drei Milliarden 600 Millionen sind bisher in den sogenannten „Abwicklungsfällen“ verpulvert worden. Dieser Militarismus ist von Koole geschaffen worden, um den Bürgerkrieg in Permanenz zu führen. Genosse Eichhorn unterzog dann die von der Regierung bisher betriebene Wirtschaft- und Steuerpolitik einer scharfen Kritik. Die unabhängige Partei werde weder mit den bürgerlichen Parteien, noch mit den Scheinsozialisten partieren und den Wahlkampf, geführt auf das Aktionsprogramm der U. S. D., führen.

Nach eingehender Diskussion, in der auch Vertreter der S. P. D. und R. P. D. sprachen, widerlegte Genosse Eichhorn in glänzender Weise die gegen ihn gerichteten Argumente.

In der Bierschloßstraße war der große Saal überfüllt, so daß viele wieder umkehren mußten. Der Referent Genosse Stöcker führte u. a. aus, daß heute noch von den vorhandenen 4000 Tageszeitungen sich nur 800 in sozialistischem Besitz befinden, da der Stinnesänger eine Zeitung nach der andern aufkauft. Demgegenüber freisetzt die Arbeiterpresse ein kümmerliches Dasein. Das durch die Verrentaltung von Papier noch verschärft wird. Wie die Presse, so sind aber auch durch die Schuld der Rechtssozialisten den Kapitalisten und Monarchisten die Waffen in die Hände gegeben, die sie in recht scharfer Weise gegen das Proletariat gebrauchen. Er führte weiter aus, daß im ganzen Verwaltungssystem, ebenso wie im Schulwesen sich noch nicht das Geringste geändert habe. Ebenso ist auch die Macht des Finanzkapitals in keiner Weise gebrochen, nicht einmal einen kleinen ernsthaften Versuch zur Sozialisierung haben die Rechtssozialisten, die Handlanger des reaktionären Bürgertums unternommen. Er ging dann den Wählern auf die „formale Demokratie“ der Rechtssozialisten ein, und präziserte demgegenüber unseren Standpunkt: „Durch Diktatur zur wahren Demokratie“, welchen Standpunkt so heute auch schon rechtssozialistische Parteimitglieder eingenommen haben. Auf die politische Situation eingehend, schilderte er, wie die „Organe der Demokratie“ im Ruhrgebiet für „Ruhe und Ordnung“ sorgten. Er geißelte weiter die Steuerpolitik der Regierung, die nach dem Grundgesetz: „Nach und die Einkünfte“ betrieben wird. In der Justiz hat sich auch bis heute nicht ein iota geändert, die alte Klassenjustiz wird fortgesetzt, da sämtliche Beamtenstellen der Justizpflege nur den bestehenden Klassen vorbehalten sind, ebenso wird auch die Kulturpolitik in den alten wilhelminischen Bahnen weitergeführt. In der auswärtigen Politik ist vor allen Dingen ein rechtsseitiger Ausschlag am Sowjetrußland verzeichnet worden, so daß uns die Entente auch da zumongelommen ist. Die Diplomatie liegt auch heute noch fast ganz in den Händen derer von der wilhelminischen Epoche.

Wenn wir nun in den Wahlkampf eintreten, so vor allen Dingen um unsere Ideen in die Massen zu bringen. Gegner meckern sich nicht zum Wort. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die revolutionäre Sozialdemokratie geschlossen.

## Die Wahlparole der dummen Herde.

Die nationalistische und militaristische Reaktion ist nach dem verunglückten Putsch der Kapp und Konraden in eine höchst unerquickliche Lage geraten. Vor dem 13. März konnte sie nicht laut genug nach der Erneuerung des Parlamentes rufen. Der durch den ungeschickten Vorstoß der nicht fest genug an der Parteistrippe gehaltenen Herdeiter um Lüthich hat ihnen zwar die Reichstagswahlen gebracht, aber zugleich die Situation für sie total verdrängt und ihnen jede wirksame Wahlparole aus der Hand geschlagen. War die Niederlage der Neureiter schon eine Niederlage der reaktionären Parteien, so wird die bevorstehende Wahl die schicksalshafte Bestätigung dieser Niederlage sein.

Die reaktionären Parteigruppen sehen das voraus und treiben hilflos in den politischen Strömungen. Wie tief sie heruntergekommen sind, ist daran zu erkennen, daß ihnen als Wahlparole nur noch der Kampf gegen das Judentum übrig geblieben ist. „Deutsche Zeitung“, „Deutsche Tageszeitung“, „Tägliche Rundschau“ und ähnliche politische Entpfehlungsblätter sind täglich, daß es nur eine Gefahr für die Deutschen gebe: Das Judentum und daß die kommenden Wahlen unter der Parole stehen müßten: Für oder gegen die Judenherzhaft!

Dr. Paul Rathen erinnert nun im „Berliner Tageblatt“ daran, daß das Judentum in Deutschland nicht einmal ein volles Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht. Auch die Massenwanderungen, auf die sich die Reaktionsäre bei ihrer hiesigen Jagd betruhen, und die sie ins Ungewisse zu steigern versuchen, da beglaubigte Zahlen darüber bisher nicht vorliegen, stellt sich nunmehr als übertriebene Vorstellung heraus, soweit nicht bewusste demagogische Übertreibung im Spiel ist. Dr. Paul Rathen berichtet nach einer in Breslau aufgenommenen Statistik über die Zuwanderung folgendes:

„Es sind im Jahre 1918 nachweisbar aus Oesterreich-Ungarn und aus Polen und Rußland in allem Umfang im ganzen 1918 Personen nach Breslau heimlich zugewandert, und im Jahre 1919 beträgt diese Zahl 1518 Personen. Im Januar 1920 aber ist der Ueberstich 78 Personen und im Februar 88 Personen. Alle anderen Zuwanderer kommen aus Preußen, aus Deutschland, sind Kriegsgefangene oder stammen aus anderen Gebieten außerhalb Deutschlands.“

Zu dieser Statistik ist zu bemerken, daß sie nur von den Zugewanderten ganz allgemein spricht und nicht zwischen zugewanderten Juden und zugewanderten Christen unterscheidet. Woraus sich ergibt, daß die geringe Zahl der Zugewanderten noch nicht einmal sämtlich Juden sind.

Somit ist den Reaktionsären für alle einschüchtlenden und urteilsfähigen Wähler auch diese Waffe aus der Hand geschlagen. Was sie nicht hindern wird, ihre einzige Parole auch weiterhin täglich in die Welt zu brüllen, woraus sich schließen läßt, wie diese Parteien ihre Wählerschaft einschätzen.

## Reichstagskandidaten.

Quard durchgelesen. Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, stellen die Rechtssozialisten in Braunkopf Frau Tsch und Kaiser an erster Stelle auf. In Rheinhesen wird Dr. David nominiert. In Mecklenburg steht Landtagspräsident Krüger-Kosch an der Spitze der rechtssozialistischen Liste. Die Demokraten haben für Westphalen Deltus, Caltbestter Koch und Dr. Schreiber aufgestellt; in Thüringen: Dr. Hermann Räumert und Professor Mexland.

Die Reichstagskandidaten stellen für Berlin den unterzeichneten Vertreter Ledebour und den Stadtrat Brandt an die Spitze ihrer Liste.

Die Deutsche Volkspartei hat für den Wahlkreis 2 Streckemann, Kardorff und Pfarrer Lutter aufgestellt. Die bisherige Abgeordnete Clara Wendt wurde neben Dr. Streckemann an die Spitze der Reichsliste gestellt. Der demokratische Delegierte Wieser fiel durch. Im Wahlkreis 1 präsentiert die Deutsche Volkspartei an erster Stelle des Nichtenberges Bürgermeister Karsch.

## An unsere Mitarbeiter!

Die Wahlbevogung stellt an den Raum der Zeitung große Anforderungen. Der Vergrößerung des Umfangs des Blattes stehen wirtschaftliche und finanzielle Hindernisse im Wege. Es bleibt deshalb kein anderer Ausweg als der der Einschränkung und Kürzung aller Einnahmen, Versammlungs- und Gemeindefestlichkeiten usw.

Um uns Arbeit und Zeit, den Mitarbeitern Kerger und Beschwerden zu ersparen, richten wir deshalb an alle unsere Mitarbeiter die dringende Bitte, sich der größtmöglichen Kürze zu befleißigen und in Anbetracht der Notwendigkeit der grundsätzlichen Aufklärung unter den uns noch fernstehenden Massen des Proletariats, auf die Verichterstattung über minder wichtige Versammlungen überhaupt zu verzichten oder sich auf die allgemeine Wichtigkeit beanspruchenden Fälle zu beschränken.

Gleichzeitig machen wir bekannt, daß wir nach Erhöhung der Postgebühren und verlangt eingereichte Manuskripte nur dann zurücksenden können, wenn Rückporto beigefügt ist. Redaktion der „Freiheit“.

Die Reichskonferenz der Rechtssozialisten. Zur Vorbereitung der sozialdemokratischen Reichskonferenz, die Mittwoch im Reichstagsgebäude stattfindet, trat Dienstag der sozialdemokratische Parteivorstand zusammen. Die Verhandlungen leitete anstelle des verunglückten Abgeordneten Reich, das Parteivorstandsmittglied Abgeordneter Vortels. Ueber was verhandelt wurde, wird nicht mitgeteilt.

Zum schließlichen Ministerpräsidenten wurde in der Sitzung der Volkskammer am Dienstag der Rechtssozialist Busch gewählt, der die Wahl annahm.

Auflösung des Chemnitzer Volksgerechts. Die Auflösung des am 14. März gewählten Betriebskollegiums in Chemnitz beschloß am Montag die Auflösung des Reichsrates und damit auch des Volksgerechts.

Die schlesischen Gewerkschaften geistigten folgendes Ergebnis: Tschechische Sozialdemokratie 41, Republikanische Partei (Krausler) 14, Nationale Bauernpartei (Glatzische) 6, Reichsliste 13, Tschechische Nationalsozialisten 10, Nationaldemokraten 10, Gewerks- und Arbeiterpartei 8, Deutsche Sozialdemokraten 18, Bund der Handwerker 6, Deutsche Wohlgemeinschaft 8, Deutsche Christliche Partei 4 und Deutsche Demokratische Freiheitspartei 8 Mandate. Die Magyaren haben 8 Mandate.

Die deutsch-italienischen Verhandlungen, die seit mehreren Tagen im Gange sind, stehen vor dem Abschluß. Ein Abkommen über den Gefangenenaustausch ist bereits getroffen worden. Dagegen sollen die Verhandlungen zwischen Berlin und Rußland in Moskau nicht den gewünschten Verlauf nehmen.

## Betriebsräte.

### Arbeiterräte, Angestelltenräte, Betriebsobstentel

Die Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlins beruft zum Sonntag, den 9. Mai 1920, eine Versammlung aller

Betriebsräte, Arbeiterräte, Angestelltenräte und Betriebsobstentel nach dem Circus Busch.

In dieser Versammlung soll über das Wesen der Betriebsräte Klarheit geschaffen und die, den Betriebsvertretungen zu fallenden Aufgaben erläutert werden. Den Betriebsräten wird das für ihre nächste Tätigkeit erforderliche Material ausgehändigt, u. a. auch Entwürfe zu einer Arbeitsordnung, Richtlinien für Einstellung und Entlassung, Geschäftsordnung und Geschäftsordnung für die Betriebsräte usw. Die Betriebsräte aller Parteirichtungen werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Zur Teilnahme berechtigt sind nur Personen, die sich als Betriebsräte legitimieren können. Legitimationskarten stellt die Zentrale der Betriebsräte aus.

Alle Betriebsräte werden ersucht, sich sofort im Bureau der Zentrale, Mühlstr. 24, zu melden. Diejenigen Betriebsräte, die ihre Meldung bereits vollzogen haben und noch nicht im Besitze der Legitimationskarten sind, wollen diese umgehend abholen.

Die Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlins Mühlstr. 24 (Tel. Rdn. 1767/1768).

### Wfa-Betriebsratsmitglieder!

Am Sonntag, den 9. Mai, vorm. 9 1/2 Uhr, findet in den Zentralfesthallen, Alte Jakobstraße 82, eine Versammlung für Angestellte, welche als Wfa-Mitglieder Betriebsräte, Angestelltenräte oder Betriebsobstentel sind, bzw. als solche kandidieren, statt. Tagesordnung: 1. Die Betriebsräte in der Praxis, Referent E. Kuschhäuser; 2. Die Geschäftsordnung für Betriebs- und Angestelltenräte, Referent G. Röpke.

Wfa-Betriebsräte und Angestelltenräte! Euer Erscheinen ist Pflicht! Sonst dafür, daß jeder Betrieb, gleichviel welcher Branche, vertreten ist.

Betriebsräte-Zentrale für Angestellte! Berlin SW 11, Belle-Alliance-Strasse 7/10. Wfa, Ortsgruppe Groß-Berlin.

### Sobien erschienen:

## Die Gewerkschaften in der Revolution.

Von

Richard Seldel

Preis 3.- M.

40 Seiten. Bei Bezug durch die Organisationen hoher Rabatt.

Die Schrift behandelt die brisanten Probleme und die großen entscheidenden Phasen der Gewerkschaftsbewegung seit der November-Revolution und würdigt ihre Rolle in den letzten sozialistischen Kämpfen. Sie enthält wichtiges Material für den Wahlkampf.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H. Abt. Buchhandlung, Berlin C. 3, Breite Str. 8/9.



Gewerkschaftliches.

Schiedspruch im Straßenbahnbetrieb.

Über die Forderungen der Straßenbahner fällt am Montag ein Schiedsgericht einen Spruch, über dessen Inhalt folgendes mitgeteilt wird. Danach erhöhen sich die Stundenlöhne...

Die Beteiligten werden sich zuerst schlüssig machen, ob sie dem Spruch ihrer Zustimmung erteilen.

Zum Streit in der Eisenbahnfahrt! Gestern lagte hier im Gewerkschaftshaus eine Konferenz der Streckleiter vor sämtlichen...

Schiedspruch im Versicherungswesen. Durch das Vorsehen des Zentralverbandes der Angestellten...

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Zahlreiche Groß-Berlin. In den Kunststeinbetrieben Groß-Berlins wird es voraussichtlich...

Achtung! Aho-Mitglieder der Weidhansindustrie! Am Mittwoch den 5. Mai, abends 7 Uhr, findet im Zimmer 18 des Zentralverbandes...

Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Ortsartikel, 61, Belle-Alliance-Straße 7/10.

Rohrbewegung der Altmüller. Die in den Altmüller beschäftigten Arbeiter sind nunmehr auch an den Arbeitgeberverband mit der Forderung einer Teuerungszulage herangetreten.

Verhältnisse hinsichtlich der Teuerungszulage. Wenn nicht schnellstens eine Verständigung mit dem Arbeitgeberverband über eine Teuerungszulage erzielt werden sollte...

Berichtigung. Entlassene Eisenbahner. In der unter dieser Überschrift gedruckten Notiz muß es am Anfang derselben heißen: Als anlässlich der Verhältnisse...

Groß-Berlin.

Gegen die Kapp-Putschisten in Charlottenburg.

Der Ausschuss zur Untersuchung aller mit dem Putsch Kapp-Mitglied zusammenhängenden Vorgänge in Charlottenburg hat seine Beratungen beendet...

Es muß die schärfste Mißbilligung ausgesprochen werden, daß die Leitung der Charlottenburger Einwohnerwehr...

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtkommissionenversammlung, von den Feststellungen Kenntnis zu nehmen und ferner das außerordentliche Vorgehen darüber auszusprechen...

Die Minderheit auf die ungewissen eingeleitete polizeiliche Untersuchung sieht der Ausschuss von weiteren Feststellungen ab.

Antrag auf Herabsetzung der Lebensmittelpreise.

Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei im Rathaus hat der Berliner Stadtkommissionenversammlung folgenden Antrag unterbreitet: Die Stadtkommissionenversammlung...

Reichseinkommensteuer und Abzug vom Arbeitslohn.

Nach § 45 des Reichseinkommensteuergesetzes vom 28. März 1920 hat der Arbeitgeber nach näherer Anordnung des Reichsministers der Finanzen bei der Lohnzahlung...

treten noch keinen Gebrauch gemacht hat. Der Zeitpunkt, wann dem ab dieser Lohnzahlung festzusetzen hat, wird daher noch vom Reichsminister der Finanzen zu bestimmen sein...

Bei telefonischem Anruf der „Freiheit“ sind die Nummern 2695 und 2898 nicht mehr zu fordern, da gelöscht.

Der Kurier der Genossin Berg wird diesmal am Donnerstag im Reichstag, Oberrang, Zimmer 1, stattfinden.

Der Wahlkommissar für die Stadtkommissionenwahl in Berlin ist der Magistratsrat Dr. Risch ernannt worden.

Das Stadtkommissionenamt hat seine Dienststunden von 8 bis 12 Uhr nach dem Rathausgebäude verlegt.

Für die Jubiläen. Bei den von Funktionären der U. S. G. (Hilfsvereine), Fabrikanten, Gewerkschaften, veranstalteten Sammlungen...

Städtische Rechtsanwaltschaft in Lichterberg. Dem vielfachen Verlangen nach Einrichtung einer städtischen Rechtsanwaltschaft...

In die Kriegsversicherung der Volkspflege richtet der Vorstand nochmals die dringende Aufforderung, alle Ansprüche an den Kriegsversicherungsfonds bis zum 17. Mai...

Einen geheimnisvollen Briefkasten machen der kurzen Gärtnerei bei Amersbach auf einem Willengrundstück, Nr. 13, in Amersbacher Straße bei Friedrichshagen.

Manuskript an einem Berliner Sigmundsbinder. Der 47 Jahre alte Sigmundsbinder Max Röder aus der Puslauer Straße 49...

Ein Kladderadatsch wurde gestern nachmittag in der Cadenotstraße entdeckt. In einem Koffer auf dem Hofe des Grundstücks Nr. 28 wurde die Leiche eines etwa vier Wochen alten Mädchens aufgefunden.

41) Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Kuzenruber.

Gar anders als die Mutter des Burckens nahm die der Dirne die Sache auf.

„Hast du oder ein Glid,“ tief lachend die alte Zinsbofer.

Selene umgibt die Stirne. „Was Glid? Wer gertrugt sich und findt sich wieder zusam, das kommt häufig g'nug vor.“

Die Alte verzog höhnisch den Mund. „Freilich, häufig g'nug, aber so, wie in dein'n Fall, doch nur selten. Weißt er denn alles?“

„Oweiß. Ich betruß kein'm!“

„Na, und jetzt kümmt nit mit leeren Händen.“

„Mutter.“ Ichrie die Dirn' sornig, „wann du mir von dem Geld red'st, das ich dem Alten vor d'Füh' g'worfen hab' und das du dir ohne mein'n Wissen und Willen zug'eignet hast, so laß dir sagen, daß ich auch noch heut' davon nit weiß und nit will! Ueberhaupt, hü! du dein' Jung! Wann d' nur mit ein'm einzig'm unbedacht'samen Wort 'n Hausfrieden zwischen mir und mein' Mann störst, so haß's gute Auskommen zwischen uns zwei ein End' und du sollst mich kennen lernen!“

„Na, na,“ murrte die Alte, „ich mein', ich kenn' dich eh', Gistnich' dul' Schau' einmal!“

Damit schlief sie sich bei Seite.

Als Abends die Wagnerin kam, sah die Altmüllerin im Vorgarten, sie erhob sich und hielt die Dirne, die mit freudlichem Grinsen an ihr vorüber wollte, am Weitergehen.

„Bleib' ein wenig,“ sagte sie, „ich wart' da schon d'langste Zeit auf dich; ich muß dir doch sagen, was neues da bei uns vorgeht, willst dann noch h'nain, armer Fischer, so kannst's ja.“

„Je, du mein! Ja, was glot's deint?“

„Sie sind wieder ausgeföh.“

Die Dirne machte ihre wundernden Augen noch größer.

„Sie sein wieder ausgeföh? Ja, wer denn, Altmüllerin?“

Die alte Frau deutete nach der eigenen Gütle und dann nach der Zinsboferin.

„Sami! Der da d'ra und d's dort d'ra!“

„Ei, so laß! Das is doch kein Ernst nit. Die f' geg'n'n war...“

„Daran denk' er nit und sie laßt'n sich nit d'rauf b'innen. Nun, er mog' tun, wie er für recht halt'. Er is groß g'nug, um sein' Willen z'haben, und oft g'nug zum Ueberlegen; aber das weiß ich, wenn er die heirat', ich bleib' nit im Haus!“

Das Mädchen starrte der Alten in die feuchten Augen, schließlich senkte es den Kopf, sagte tief aufseufzend: „Nun, so blüht dich Gott, Altmüllerin,“ lehrte sich ab und ging unbehilflichen Schrittes den Weg zurück, auf dem es hergekommen war; eine Strecke hämmig schlendernd, die andere schüchtern dochinehend. Die Leute, an welchen die Dirne, so verworren und verloren, vorüberstrich, lachten und meinten: „D'Wagnerin Seppert nit schier was suchen, hat wohl'n geistigen Tag verloren.“

Möglich! Und vielleicht nicht nur den geistigen, sondern mehrere Tage mit allem, was diese sie Liebes und Gutes hoffen liehen!

XIII.

In einem der nächsten Abende kam die Altmüllerin zur alten Wagnerin gelassen. In der rückwärtigen Kammer, auf einer Gewandtruhe, neben dem Fenster, durch dessen Klauen, vergeblich bemüht, die Strohlen der untergehenden Sonne brannten, sahen die beiden Weiber und ihre einander zugewandten Gesichter erstrahlten hochheilig wie blau und rot rotiert. Seppert lauerte auf einem Schemel im Winkel und horchte wundernd zu.

„Ich kenn' mit nit aus, Wagnerin,“ klopte die Altmüllerin, „nit um die Welt kenn' ich nit aus. Schon 'n rühen Morgen kommt das Mensch an 'n Jaun und rüst dem Büd'n ein' Gruß zu, und dann geht das Hin- und Hergeleut' an. 'n Tag über rennt' alle Daumlang herzu und s'ärkt und läppelt mit'm, daß ein'm vom Anschau'n nit gut werd'n könnt, und 's gant is am End' doch nit wie frohheit, denk' ich! Daß sie sich einmal a Weil' länger nit bliden, so schleicht ihr der Kopf nach, wie schen er auch sonst g'weßt is; sie muß'n rein begeri hab'n!“

„Den geistigen Tag verloren haben un' dich suchen,“ brüchmächtig, verlor sie den Blick und hochgradig gedankliche Besonnenheit, welche mit einer, allerdings unbedingten, Wichtigkeit von Personen zur Schau getragen wird, denen man zur Seite stehen muß.

„Mir' nit unmöglich,“ — nickte die Wagnerin, — „die Dirn' is mir nit g'gut für so Praxillen und ihr Mutter weiß noch auch dazu Rat, die schaut nit umsonst aus, wie wann f' a'm Beien reiten könnt; aber was haß's, wann mer's gleich z'beweisen vermocht, wo f' heuttag's in den Gerichten nit mehr d'rauf glauden!“

Seppert schüttelte feuchend den Kopf; nicht über den Unglauben der Gerichte, sondern weil sie bedauerte, daß bei der Gottheitigkeit so wirksamer „Praxillen“ eine brave Dirne an deren Anwendung gar nicht denken durfte.

„Ich sag' dir, Wagnerin,“ fuhr die Altmüllerin eifrig fort, „ich werd' noch krank vor Ärger. Jed'n freien Augenblick, den f' hab'n, stecken f' heieinander und wann f' kein' hab'n, so machen sie sich ein'. G'ing' ein's verloren, wär' nur d'Waglichkeit, daß mer's mit'n anderen z'amm fänd; aber dafür niemat kein', daß du f' auseinand'brüch'it! Und bei all' dem Getu' und Gerreis, wo sie sich eh' ans'n Augen kommen, gogreif' ich nit, warum f' 'n Tag böllig gar nit erwagten können, wo's gar Kirchen geht.“

„Wann soll denn d'Vochzeit idon sein?“

„Noch f'r'n Ned'n, heut' über vierzeig'n Tag'n.“

„Das geht ja nit. Wo blies denn da 's kirchlich' Aufgebot von der Kanzel, drei Sonntag' hintereinander?“

„Sie lassen sich ein für alle Mal verklünden.“

„Das geht ja nit.“

„Aber mit 'm Däpens.“

„Mit'm Däpens? Ah, freilich wohl! Schau' mer muß sich nur z'helfen wissen. G'nder hat man g'sagt, 's ging' was so schnell wie mit der Post, neuzeit mog' mer wohl sag'n, wie mit der Eisenbahn. Hü!“

„Mein' liebe Wagnerin, ein Fremd's hat da leicht lachen. Du stößt es'n nit in meiner Haut and weißt nit, wie mir is. Dank' du Gott dafür!“

„Mein' liebe Altmüllerin, sei nit hard, ich hab' ja nit über dich g'lacht, sondern über d's.“

„Glaub' dir's, glaub' dir's schon. Ich biet' doch auch kein' Anlaß dazu, biß, wo sich mein' einzig' Kind von mir abwend' und ich mir fremd wo ein' Unterfunkst suchen muß.“

„Wer, Altmüllerin —“

Diese war mit der Schürze vor den Augen aufgestanden, Seppert eilte herzu. „Das laßt der Maderl niemat d'föh'n.“

